

**Die Regierungen argumentieren nicht *für* den Euro, sondern *mit* dem Euro:
Der Euro *muss* gerettet werden;
die Maßnahmen dafür sind *alternativlos***

Kein Tag, an dem die Zeitungen nicht über neue Zumutungen berichten, die die Regierungen der Euro-Länder ihren jeweiligen Völkern bereiten, um ihr gemeinsames Geld vor den Angriffen der Finanzmärkte zu retten. Ganze Regierungen – die von Griechenland und Italien – werden mit viel Druck aus Brüssel, Frankreich und Berlin genötigt zurückzutreten, um „technokratischen“ Nachfolgern Platz zu machen, die mit viel Tatkraft hart durchgreifen und die diktierten Sparprogramme durchsetzen. Frankreich hat ein Sparpaket aufgelegt, das mit Steuererhöhungen und Rentenkürzungen den Rahmen absteckt, wie es in den kommenden Jahren seine Bürger weiter zu verarmen gedenkt, um die Kreditwürdigkeit der Grande Nation auf den Finanzmärkten zu verteidigen. Das große Vorbild dieser Länder ist Deutschland, das mit seinen sozialen Abbrucharbeiten seit der rot-grünen Regierung unter Kanzler Schröder bereits Beachtliches geleistet hat, aber das noch nicht für genug hält. Die in die Verfassung aufgenommene Schuldenbremse ist die Verpflichtung, bei den Sparanstrengungen auch in der Zukunft nicht nachzulassen. In diesen Wochen und Monaten geht es bekanntlich ums Ganze:

„Der Euro muss unbedingt gerettet werden!“

Welcher Euro eigentlich, so möchte man einmal fragen. Ist damit etwa der Euro auf der Gehaltsabrechnung eines Schichtarbeiters oder im Rentenbescheid der Alten gemeint? Oder nicht doch der Euro in den Bilanzen von Betrieben, Banken und Staatshaushalt? Die Art und Weise, wie die Rettung des Euro betrieben wird, gibt über die Beantwortung dieser beiden Fragen schon eindeutig Aufschluss. Gerettet werden soll die famose europäische Geldeinheit dadurch, dass man Arbeitern und Rentnern möglichst viel davon bei Lohn und Pension wegnimmt, damit der Euro für das Wachstum von Betrieben, Banken und einen gesunden Staatshaushalt wieder taugt.

Das ist konsequent. Mit dem Euro wird nämlich bezeichnet, wie viel eine Ware oder eine Dienstleistung hierzulande wert ist. Er ist die Maßeinheit für all den Reichtum, der in dieser kapitalistischen Gesellschaft in den Fabriken und Büros erwirtschaftet wird. Damit beziffert er aber keineswegs ei-

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

**„Gute Arbeit für Europa“ - die falsche Antwort des DGB
auf Krise und Krisenpolitik in der EU:
Europa soll gesunden durch mehr Armut überall.**

10. Mai 2012, 19.30 Uhr, Karlsruhe, Planwirtschaft, Werderstr. 28

Es ist schon eine Kunst, immer wieder Forderungen zu erfinden, die einerseits klar erkennen lassen, wie schlecht die Menschen dastehen, die dieser Gewerkschaftsbund vertritt, und die andererseits doch niemanden beunruhigen. Mit Gegenwehr und einer Störung des Betriebs – das geht aus der Maiparole ebenso klar hervor – ist nicht zu rechnen.

Für die Millionen Leute, die Scheißjobs mit einer Scheißbezahlung haben, hat der DGB etwas im Programm. Zugleich stellt er klar, dass seine Klagen mit einer Kampfansage an diese Arbeitsbedingungen nicht zu verwechseln sind. Den Leuten, die er vertritt, legt er gleich nichts anderes als einen Wunsch nach Arbeit in den Mund: Sie wollen den Dienst an der deutschen Wirtschaft, an Deutschland und neuerdings an Europa leisten, der von ihnen erwartet wird. Und sie verlangen dafür nichts, was sich für den Arbeiterstand nicht gehört – weder nach Faulenzen steht ihnen der Sinn, noch nach Millionenboni: Sie wünschen sich Arbeit, noch nicht einmal gut bezahlt, sondern nur fair und am liebsten unter den bis vor 10 Jahren üblichen Anstellungsbedingungen.

Die – das verrät die Parole von der guten Arbeit schon auch – gibt es nicht mehr.

Dazwischen liegt nämlich eine Zeit, in der Gewerkschaftsführer nicht gute Arbeit, sondern Arbeit ohne alle Zusätze gefordert haben: Schafft Arbeit, Arbeit, Arbeit! Für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen haben sie die sozialen Errungenschaften in Sachen Lohn, Arbeitszeit, sozialer Sicherheit, die sie in einem Jahrhundert herausgeholt hatten, zur Verhandlungsmasse erklärt und drangegeben. Jetzt haben sie Arbeit, Arbeit, Arbeit – von der viele nicht mehr leben können. Jetzt können sie dem Kapital deren Veredelung ans Herz legen.

Wie viele Denkfehler muss begehen, um wie viele Ecken muss herumdenken, wer am 1. Mai „Gute Arbeit für Europa“ in den Frühlingshimmel schreit?

Weil diese Fehler nicht nur gezählt, sondern kritisiert werden sollen, gibt es dazu einen

Vortrag mit Diskussion.

nen Reichtum, der für alle Bürger dieses Landes das gleiche bedeuten würde. Der Umgang mit dem Euro hat schließlich für die verschiedenen Figuren in der Wirtschaft ganz unterschiedliche Konsequenzen: Die einen treten mit einem in Euro gemessenen *Vermögen* an, das sie *vermehrten* wollen. Dafür greifen diese Herren Unternehmer auf die Arbeit anderer Leute zurück, die kein Vermögen ihr eigen nennen und deswegen stets auf der Suche nach einem Anwender sind, den sie mit ihrer Arbeit *bereichern* können. Für diese anderen ist der Euro damit ein äußerst bescheidenes und prekäres Mittel ihres Konsums. Ein Klassenunterschied, der sich in den Zehnerpotenzen und Nullen ausdrückt, durch die sich die Geldsummen unterscheiden, mit denen beide Seiten da wirtschaften. Was sind schon die paar Tausend Euro Lohn gegen die Milliarden-Vorschüsse kapitalkräftiger Investoren. Und kaum verdient, ist er fürs Lebensnotwendige ausgegeben und zwingt die Lohnempfänger dazu, sich erneut für die Vermehrung fremden Vermögens herzugeben – sofern man sie überhaupt lässt. Das Wachstum, das in dieser Gesellschaft als Imperativ des Wirtschaftens gilt, kommt also durch Ausbeutung zustande – wie in jedem anderen kapitalistischen Standort in jedem anderen Geld.

Mit ihrem Beschluss zu einer gemeinsamen Währung haben die Euro-Staaten diese Reichtumsproduktion auf eine breite Basis gestellt. Die Staaten haben ihren Unternehmern die Gelegenheit gegeben, in einem vergrößerten Wirtschaftsraum mehr Wachstum in einem einheitlichen Geld hinzukriegen. Das nützt europäischen Global Players in der Weltmarktkonkurrenz, verschafft den Banken mit ihrem Kreditgeschäft ein lohnendes Geschäftsfeld und dem Staat viel stabiles Geld, das dem Dollar Konkurrenz macht.

Dass die Nutznießer dieser Konstruktion sie unbedingt retten wollen, kann man verstehen. Aber sie wollen ja auch die Opfer darauf festlegen. Also machen sie Werbung für den Euro und lassen geflissentlich Zweck und Grund, warum der Euro eingeführt wurde, unter den Tisch fallen. Die Erfolgsgeschichte des Euro, die jetzt in Umlauf gebracht wird, liest sich nämlich etwas anders als die Wahrheit – die Geldeinheit einer vergrößerten Wirtschaftsmacht zu sein: „*Wir alle* haben vom Euro profitiert!“ Nicht nur Börsen-Gurus und DAX-Vorstände mit ihren Milliardenumsätzen, auch Karrosserieschlosser mit ihrem lumpigen Salär sollen sich angesprochen fühlen. Der alberne Hinweis auf den entfallenen Geldumtausch für Touristen in Europa ist angesichts der existenziellen Bedrohung durch die Krisenlage eingeschlafen. Dafür werden die deutschen Exporterfolge zum Schlager, die ohne Euro und Euroraum nicht möglich gewesen wären und von denen doch jeder etwas hat. So wird der Arbeiter zu einer Verwechslung eingeladen, die es in sich hat. Die Exporterlöse deutscher Firmen, die er sich als Vorteil ans Revers heften soll, beziffern gar nicht *seinen* Ertrag, sondern den Ertrag, den diese Firmen *aus ihm herausgeschlagen* haben. Ein schöner Beleg sind die Beschwerden aus den europäischen Partnerländern wie Frankreich, die am deutschen Niedriglohnsektor und Billigexport leiden, weil ihre heimischen Betriebe dadurch in den Konkurs getrieben werden und das Arbeitslosenheer wächst.

Und damit niemand beim Nachzählen seiner verdienten Cent und Euro ins Grübeln kommt, wie eigentlich die zitierten Exportziffern und der Lohn des Arbeiters zusammenhängen, greift die öffentliche Propaganda gleich zu der Währung, mit der sie ihrem Arbeitsvolk schon seit langem die Lage schön-

Buchempfehlung



GegenStandpunkt
Verlag 2002
ISBN 3-929211-05-X
288 Seiten, € 20.-

Peter Decker / Konrad Hecker
Das Proletariat

Politisch emanzipiert -
Sozial diszipliniert -
Global ausgenutzt -
Nationalistisch verdorben -
Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse
kommt an ihr gerechtes Ende

Aufstieg und Niedergang der lohnabhängigen Klasse

- *Vom rebellischen Vierten Stand*
- *über eine Gewerkschaftsbewegung und einige Arbeiterparteien*
- *zur politischen Emanzipation,*
- *zur modernen Organisation nützlicher Armut,*
- *zur selbstbewussten Anpassung an den Reformbedarf von Nation und Kapital.*

www.gegenstandpunkt.com

redet. Diese Währung heißt „Arbeitsplatz“ und ist über so kleinliche Fragen längst hinaus, was dieser Platz eigentlich in dem Geld einbringt, mit dem wirklich das Lebensnotwendige bezahlt werden muss. Das Mittel des Arbeiters, überhaupt ein Einkommen verdienen zu *dürfen*, ist zum höchsten Zweck erklärt worden, für den Einkommensbestandteile sogar großzügig geopfert werden müssen – „Hauptsache Arbeit!“. In dieser Hinsicht, aber auch nur in dieser, soll sich das deutsche Arbeitsvolk durch den Euro-Raum bestens bedient sehen. *Ohne* Euro und Export gehen nämlich Millionen Arbeitsplätze verloren. Streng genommen sind es die Arbeitsplätze gar nicht, die sich stillschweigend davon machen, sondern die Konzernherren streichen sie, wenn sie an anderen Standorten bessere Absatzchancen oder billigere Arbeitskräfte wittern. Wie auch immer, der angepriesene Vorteil besteht bestenfalls in der Vermeidung eines anders gearteten Nachteils. Die *Abhängigkeit* des Proletariats vom Erfolg seiner Anwender ist das ganze Überzeugungsargument und kommt einer Erpressung gleich, den Erfolgsweg deutscher Firmen im Euroraum weiter mitzutragen, durch Arbeitsbereitschaft in nahezu jeder Form und Verzichtsbereitschaft beim Entgelt in fast jeder Größenordnung.

Das gilt immer und umso mehr, wenn der Euro nun gerettet werden muss. Zur Unterstreichung der Unbedingtheit ihrer Rettungsmaßnahmen und Sparpakete bedient die deutsche Regierung ihr Volk mit einem wie in Stein gemeißeltes Argument:

„Die Maßnahmen der Regierung sind alternativlos!“

Die Botschaft ist klar: Niemand soll angesichts der rigiden Sparmaßnahmen mit Gesuchen auf Milde oder Rücksichtnahme bei Rentnern oder sozial Schwachen antreten. Alternative Vorgehensweisen, für die mancher Verbandsvertreter oder linke Sozialpolitiker werben mag, gibt es nicht. Für ihr Vorgehen reklamiert die Regierung nicht das bessere Argument, mit dem sie Alternativen als schlecht begründet abweist, sie bestreitet schlichtweg deren *Existenz*. Jeder Einspruch ist damit argumentlos abgeschmettert. Das Regierungshandeln vollstreckt einen *Sachzwang*, der gar keine Wahl lässt. So soll es die Menschheit auffassen.

Das sollten die so angesprochenen Völker einmal beim Wort nehmen. Die Genesung der Sorte Wirtschaft, die ihnen als unabweisliches Lebensmittel vorgesetzt wird, ist nur durch eine durchgreifende Verschlechterung ihrer Lebenslage zu haben, und das nicht nur vorübergehend, sondern so dauerhaft, wie die Kürzungsorgien bei Renten, Gesundheit und anderen Bereichen angelegt sind. Nicht aus bösem Willen, sondern weil das Sachgesetz unseres Wirtschaftens so etwas verlangt. Das wäre doch einmal als vernichtendes Urteil über dieses wirtschaftliche System ernst zu nehmen. Genommen werden soll es aber als Ausweis für die Notwendigkeit der Einschnitte.

Dabei hat die mit dem Argument Sachzwang verordnete Verschlechterung der Lebenslage gar nichts mit einem *sachlichen* Mangel zu tun, der zu einer vorübergehenden Einschränkung bei der Lebensführung zwingen würde. Finanzkrise hin oder her, keine Naturkatastrophe hat die Ernte verhagelt, kein Hektar Ackerland ging verloren, Fabriken und Maschinen für die Herstellung von Essbarem und Nützlichem sind ebenso reichlich vorhanden wie Hände, die arbeiten könnten. Alle sachlichen Voraussetzungen für eine gediegene Versorgung der Menschen liegen vor. Aber um der *Geldrechnungen* willen, denen der Gebrauch all dieser Faktoren in *dieser* Wirt-

schaft unterworfen ist, wird der arbeitenden Menschheit ihr Lebensstandard beschnitten, damit diese Rechnungen wieder zur Zufriedenheit ihrer großen Nutznießer aufgehen können. Die Finanzbranche verliert angesichts der aufgelaufenen Staatsschulden ihr Vertrauen in die staatlichen Papiere und verlangt neue Beweise ihrer Solidität, wenn sie den Staaten weiterhin Geld borgen soll. Europas Regierungen liefern, so gut sie können, und tun das Nötige. Sie betreiben Schuldenminderung durch Ausgaben-kürzungen und Einnahmeerhöhungen, vornehmlich bei den großen Massen in ihrer Eigenschaft als Rentner, Krankenversicherter oder Verbraucher, weil das dem gleichzeitig nötigen Wachstum in der realen Wirtschaft am wenigsten wehtut oder sogar nützt.

Das ist nämlich das zweite Kampffeld, auf dem um die Kreditwürdigkeit der Nation gestritten wird: Viel Wachstum aus möglichst billiger Arbeit, das braucht der Staat, um das Vertrauen der Finanzinvestoren zurückzugewinnen, und das brauchen die Unternehmen sowieso und immer. Finanzkapital, Realwirtschaft, Staat, drei Instanzen, eine Rechnung: Die Verarmung der Massen ist einfach notwendig, um alle Bilanzen wieder ins Lot zu bringen, in der Krise mehr denn je!

Es stimmt tatsächlich: *In* diesem System ist die schlechte Behandlung der arbeitenden Menschheit *alternativlos*; aber dieses *System* ist *nicht* alternativlos. Der Sachzwang, auf den sich berufen wird, ist ein *gemachter*. Er geht von dem Regime des Geldes aus, das der Staat mit seiner hoheitlichen Gewalt für seine Art von Wirtschaft verbindlich macht. Es ist also nur folgerichtig, wenn in zahlreichen Euro-Staaten das soziale Abbruchunternehmen mit Polizeigewalt gegen Widerstände in der Bevölkerung durchgesetzt wird. Denn der *Sachzwang* hat dann doch nicht den Status eines Naturgesetzes, das aus sich heraus gilt, sondern wird nur in dem Maße wirksam, wie der Staat *seinen* Zwang dahinter stellt.

Mitschnitte zu
Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen:
<http://doku.argudiss.de/>

Hinweis zum Weiterlesen: Das ist ein Auszug aus dem Artikel „Politik und Medien agitieren sich den Bürger zurecht - Wie das Volk geistig die Krise bewältigen soll, für die es praktisch in Haftung genommen wird“ in **GegenStandpunkt 4-11**.

Flugblatt zum Aufruf des
DGB zum 1. Mai 2012

Die verkehrten Forderungen des DGB:

„Gute Arbeit für Europa“ – statt für Geld?, „Gerechte Löhne“ – statt hohe?

„Soziale Sicherheit“ – für die prekären Existenzen, die wohl immer dazu gehören?

Als Antwort auf die „soziale Krise“ in Europa hat der DGB für den 1. Mai 2012 eine knackige Forderung aufgelegt: „Gute Arbeit für Europa“ schaffen, in Einheitsfront mit Arbeitgebern und Staat, als Antwort darauf, dass „Spekulanten die Weltwirtschaft beinahe in den Abgrund gestürzt haben“. Das halten wir für dreifach verkehrt.

1. Ihr wollt „raffende“ Finanzkapitalisten kennen, die mit ihrer Gier die Wirtschaft kaputt machen, und gute „schaffende“ Arbeitgeber, die sie wieder aufbauen. Mit den guten wollt Ihr paktieren, für ihre Geschäfte vom Staat „kraftvolle Investitionen in qualitatives Wachstum und Beschäftigung“ einfor-

dern und so die Krise überwinden, die nur die Spekulanten verschuldet haben sollen. Den grundlegenden Gegensatz zwischen den Kapitalisten in den Banken und denen in der Realwirtschaft gibt es aber nicht, weder bei der Verursachung der Krise, noch bei ihrer Bewältigung – und schon gleich gibt es zwischen denen keinen Gegensatz, den Ihr für eure Interessen ausnützen könnt. Darf man daran erinnern, dass sich auch in der Realwirtschaft alles um die Bereicherung der Unternehmen dreht? Womit machen Eure Arbeitgeber denn ihr Geschäft, wenn nicht mit ihrem Geld? Die *Arbeit* erledigt doch *Ihr!* Bei der Macht des Geldes, die über Eure Arbeit kommandiert, kann man keinen großen Gegensatz entdecken

zwischen den Banken, die diese Macht herleihen, und den Firmen, die sie sich ausleihen. Dass die beiden Fraktionen des Kapitals gegeneinander konkurrieren, ist sicher richtig. Aber das sollte nicht Eure Sorge sein, denn im Verhältnis zu Euch steht allemal *deren Einheitsfront*. Mit *der* habt Ihr es im Aufschwung wie in der Krise zu tun. Ihr habt nur die Aufgabe, für die Bereicherung Eures Arbeitgebers wie seiner Geldgeber bis zum hinterletzten Spekulanten rentable Arbeit abzuliefern – oder, und das ist Eure einzige Alternative, nicht einmal das tun zu dürfen.

2. Verkehrt ist auch der Einfall, der Staat müsste und könnte Euer Bündnispartner im Umgang mit den sozialen Folgen der „*Finanzkrise*“ sein. Woher die Idee, der Staat wäre das hilflose Opfer von Machenschaften des spekulativen Geld-

Interesse daran,

„**Das Kapital**“ zu lesen?



Dann melde dich bei marx-lesen-karlsruhe@web.de.
Lesekreise zum Kapital in anderen Städten findet man hier:

www.kapital-lesen.com

gewerbes, „*muss*“ erst seine Banken retten und kann dann den „*Druck*“ seiner Schulden nur „*an die Bevölkerung weitergeben*“? Was ist, wenn es gar nicht „*Versäumnisse*“ und „*Fehlentwicklungen*“ der Politik sind, die zur beklagten Ausbreitung der Armut geführt haben? Was, wenn die Folgen der Gesetze, mit denen Politiker regieren, von denen auch genau so gemeint sind, weil sie die arbeitende Mehrheit in Europa für gar nichts anderes als die Sanierung des Finanzkapitals verplant haben? Wir jedenfalls entnehmen der Entschlossenheit, mit der die Regierung Merkel ihren Fiskalpakt durchsetzt, alles andere, als dass sie von Bankern und Spekulanten dazu genötigt und so von eigentlich beabsichtigten sozialen Taten abgehalten worden wäre. Die Verpflichtung der Euroländer auf Haushaltskonsolidierung entspricht haargenau der Leitlinie, der deutsche Regierungen schon lange folgen. Sie wollen der ganzen Welt ihre Kreditwürdigkeit beweisen, weil darin die Quelle liegt, aus der der Staat seine Finanzmittel schöpft. Deshalb ist es grundfalsch zu meinen, die deutsche Politik würde zu etwas gezwungen, was sie selber nicht im Programm hat.

Die DGB-Forderung nach „*kraftvollen Investitionen*“ und einem Marshallplan für Europa weist die Bundesregierung vorerst zurück; was aber wäre erreicht, wenn sie die Idee zusammen mit ihren EU-Partnern aufgreifen würde? Dann hätten Ihr schon wieder die nächste *Einheitsfront gegen Euch!* Oder glaubt Ihr allen Ernstes, die europäischen Staaten würden im Verbund mit privaten Kreditgebern in andere Arbeitsplätze investieren als in solche, die ihre Kreditwürdigkeit untermauern, die also in Sachen Leistungsanforderung und Billiglohn weltmeisterlich rentabel und so garantiert gegen Eure Interessen gerichtet sind? Ihr könnt natürlich Euer Leben lang alle Gemeinheiten, mit denen der Staat Euch konfrontiert, als *Abweichung* von was *eigentlich* Besserem interpretieren, das Material dafür geht garantiert nicht aus. Euch könnte aber auch der hoffnungslose Widerspruch auffallen, sich mit Anträgen auf bessere Behandlung an die Chefs des Staatshaushalts zu wenden und von denen die „*Schaffung von Arbeitsplätzen*“ zu verlangen, die die *nach ihren Krite-*

rien sowieso schaffen, wo sie Gewinn für Unternehmen und Wirtschaftswachstum versprechen, und die sie *nach Euren Kriterien* von guter Arbeit sowieso nie schaffen. Ihr fordert, der Staat solle sein Geld zu Euren Gunsten ausgeben. Wenn dieses Geld dazu gedacht wäre, für Euch gute Werke zu tun, hätte er es Euch allerdings gar nicht erst zwangsweise wegnehmen müssen! Habt Ihr vergessen, dass Ihr es seid, die den Staat finanzieren? Dass die Herrschaft von Euren Steuern lebt und vom Reichtum der Reichen, die Ihr durch Eure Dienste erst reich gemacht habt? Wenn Ihr beim staatlichen Verwalter des Euch abgenommenen Geldes um Berücksichtigung bitten müsst: Merkt Ihr da nicht, dass Ihr ein ganzes System finanziert, das für alles andere da ist als zur Bedienung Eurer Versorgungsanliegen?

3. Weil in Deutschland noch relativ viele ihren Dienst fürs Kapital tun dürfen, während die Massen, die gar nichts mehr verdienen können, mehrheitlich in anderen europäischen Ländern anfallen, macht sich der DGB auch noch für die soziale Besserstellung der Nachbarvölker stark. Derselbe Verein, der sich bis gestern dafür gerühmt hat, mit jahrelangem Lohnverzicht in der Krise für „*die Rettung von Arbeitsplätzen*“ und den Aufschwung der deutschen Wirtschaft – selbstverständlich gegen das Ausland - gesorgt zu haben, legt Euch nun folgende Sorge nahe: „*Das vermeintliche Modell Deutschland führt zu Lohndumping und zu einer sinkenden Binnennachfrage. Wenn wir dieses Modell auf Europa übertragen, schadet das auch unserer exportorientierten Wirtschaft. Es kann Deutschland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.*“ Das ist gelungen: Das Lohndumping des deutschen Modells, das der DGB mitgetragen hat, mag für die Betroffenen und die deutsche Binnennachfrage unerfreulich gewesen sein – richtig abzulehnen ist es erst, wenn es auf die ganze EU übertragen wird: Solange die deutsche Wirtschaft die Binnennachfrage der Partner ausnutzen konnte, hatten Billigkeit und Opferbereitschaft deutscher Arbeitnehmer ja ihren guten Sinn, erst wenn das nicht mehr geht, läuft echt etwas schief. Der DGB bemerkt, dass die fremden Niederlagen in der europäischen Konkurrenz den deutschen Erfolg früher oder später untergraben - und welchen Schluss soll einer daraus ziehen? Dass Staaten dermaßen gnadenlose Konkurrenzsubjekte sind, dass sie mit ihrer Rücksichtslosigkeit gegen andere Nationen am Ende sogar die Bedingungen ihres eigenen Erfolgs aushöhlen? Dass das ein Widerspruch ist, der zu diesem absurden System kapitalistischer Standortkonkurrenz genauso dazugehört wie die verheerenden Wirkungen, die es für die Lohnabhängigen nicht nur in den Verlierernationen bereithält? Von wegen! Kritik ist wieder einmal fehl am Platz; der DGB hat konstruktive Vorschläge zu bieten, wie die Standortkonkurrenz und der deutsche Erfolg in ihr verwewigt werden können: Irgendwie müssen unsere Nachbarn Geld verdienen können, damit sie es weiterhin und wieder für deutsche Waren ausgeben. Der DGB fordert, die Binnennachfrage in Europa zu stärken, damit es, nicht Euch oder Euren europäischen Kollegen, sondern damit es Deutschland gut geht! Das ist seine Vorstellung vom solidarischen Miteinander der europäischen Völker.

Bei aller Schönfärberei der kapitalistischen Konkurrenz durch deutsche Gewerkschaftsvorstände, die zum 1. Mai als „*Fest der Solidarität*“ laden: Erfolge wie Niederlagen konkurrierender Nationen gehen *immer* auf Kosten der Lohnabhängigen, auch das gehört zum System wie das Amen in der Kirche. Darauf solltet Ihr Euch besser nicht einlassen.